

15.3.2021 - [Pressemitteilungen](#)

## Zunahme um gut 20 % im April 2020

Die Beratungsanfragen beim Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ sind im April 2020 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um gut 20 Prozent gestiegen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([BT-Drucks. 19/26794](#)) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion ([BT-Drucks. 19/26414](#)) hervor. In den Folgemonaten sei die **Nachfrage beim Hilfetelefon** mit Ausnahme geringfügiger Schwankungen auf erhöhtem Niveau geblieben. Ende 2020 seien beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) 93 aktive und sieben beurlaubte Beraterinnen des Hilfetelefons beschäftigt gewesen, Anfang 2020 seien es 84 aktive und fünf beurlaubte gewesen.

## Hilfesystem 2.0

Weiter führt die Bundesregierung aus, dass im Rahmen des Bundesförderprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ das Projekt „Nachhaltiges technisches Empowerment von Fachberatungsstellen und Frauenhäusern in der Corona-Pandemie, Hilfesystem 2.0“ gefördert wird. **Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen** sollen so während der Corona-Pandemie unterstützt werden. Drei Millionen Euro stünden für

- die Verbesserung der technischen Ausstattung,
- die erforderliche Qualifizierung der Mitarbeiterinnen in diesem Zusammenhang,
- Dolmetschleistungen für die Beratung gewaltbetroffener Frauen

zur Verfügung. Das Projekt werde von der Frauenhauskoordinierung e. V. (FHK) umgesetzt. Ziel sei eine bedarfsgerechte technische Ausstattung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen für solche Herausforderungen, wie sie die Corona-Pandemie und vergleichbare Ereignisse mit sich bringen.

## Zunahme Häuslicher Gewalt auch im aktuellen Lockdown?

Die Linksfraktion stellte nicht nur Fragen zur Auslastung der Frauenhäuser und der Beratungsstellen sondern wollte auch wissen, unter welchen Bedingungen die MitarbeiterInnen dort arbeiten. Die Bundesregierung verweist in ihrer Antwort diesbezüglich überwiegend auf die Zuständigkeit der Länder.

Ihr Anfrage begründet DIE LINKE u.a. damit, dass trotz erneutem Lockdown anders als im Frühjahr 2020

das Thema häusliche Gewalt in der öffentlichen Diskussion fast kein Thema mehr sei. Auch von Seiten der Bundesregierung scheine die **Unterstützung für das Hilfesystem keine Priorität** zu haben.

Dabei stehen Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen vor zu klärenden Problemen wie der Frage nach Testmöglichkeiten für (neue) Bewohnerinnen und das Personal, der Einordnung der Beschäftigten in die Impfpriorisierung und insbesondere der Einordnung des Personals als systemrelevante Berufsgruppe,

heißt es in der Anfrage.